

**Rede von Kreisrat Prof. Dr. Erik Schweickert, MdL
für die FDP Kreistagsfraktion des Enzkreises zum Haushalt 2018
Sitzung des Kreistags am 11.12.2017**

- es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Röckinger, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, verehrte Zuhörer,

sind wir doch mal ehrlich zu uns selbst: Das Interesse der allermeisten Bürgerinnen und Bürger im Enzkreis an der Erstellung des Kreishaushalts war bisher ungefähr so groß, wie wenn in China ein Sack Reis platzt. Es gab schlicht und kein großes Interesse!

Inhaltlich hätte dieser Haushalt eigentlich größtenteils auch die Chance, ohne großes Federlesens durchzukommen: Im Dezernat 1 stabile Müllgebühren, Diskussionen über eine Modifikation unserer bewährten flach- und rund-Fraktionen. Selbst die erzwungene Schließung der Gustav-Heinemann-Schule wurde gut gemanaged, die G und K Schulen sollen unter einem Dach vereint und die Comeniusschule in Königsbach saniert werden.

Die Kreisberufsschulen in Mühlacker stehen beide gut da, die Diskussion über die Schulfusion war jedoch problematisch. Aber der Kreistag hat mit seinem Beschluss auf Initiative der FDP-Fraktion zur einer gemeinsamen Schulentwicklung mit der Stadt Pforzheim eine weise Entscheidung getroffen, die für die Sicherung des Schulstandorts in Mühlacker nicht nur wichtig ist, sondern auch eine gute Basis für die Entscheidung pro oder contra Schulfusion sein wird. Und hier will ich dem Landrat explizit widersprechen: Selbst wenn das statistische Landesamt davon ausgeht, dass es im Ländlichen Raum eher zu einem verstärkten Rückgang der Schülerzahlen kommen wird, so ist erstens der Enzkreis – bis auf Sternenfels-Diefenbach – kein Ländlicher Raum und zweitens ist die Situation in Mühlacker mit unseren starken Firmen und Gewerbetreibenden sicherlich nicht mit vielen Regionen vergleichbar.

Das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr des Dezernats 2 wird attraktiver, die vom Baden-Württembergischen Landtag genehmigten 45a-Ausgleichs-Mittel zur Personenbeförderung planen wir noch ein und wir bauen Radwege und Querungshilfen entlang der K 4538. Das reicht natürlich immer noch nicht als Basis für das angestrebte Intermodalverkehrskonzept, denn das

Straßen-Erhaltungsprogramm mit 1,5 Mio. € und die Straßeninvestitionen mit 1,61 Mio. € sind dafür deutlich zu schwach auf der Brust.

Der Winterdienst wird modernisiert, das Gesundheitsamt funktioniert und für den unübersichtlichen Wust an Förderprogrammen der grün-schwarzen Landesregierung, der die Gelder für die dringend notwendige Digitalisierung im Enzkreis nur in einem äußerst komplizierten Verfahren (Stichwort Markterkundungsverfahren und die dann darauf aufbauenden umständlichen Prozesse) an die Kommunen verteilt, kann der Enzkreis nichts. Und deshalb werden wir auch leider nicht darum herumkommen, dass Herr Herz oder die Bürgermeister ins Innenministerium bestellt werden und dort von Innenminister Strobl im Stile eines mittelalterlichen Fürsten die Förderbescheide überreicht bekommen. Wenn überhaupt! Liebe Kollegen, das ist mit Sicherheit keine Politik, die den Enzkreis beim Breitbandausbau zügig voranbringt. Und vielleicht können Sie das ja auch mal an die Verantwortungsträger Ihrer Farben kommunizieren.

Im Dezernat 3 sind wir beim Forst ebenfalls abhängig von den Entscheidungen der grün-schwarzen Landesregierungen und warten jetzt die neuen Rahmenbedingungen zur zukünftigen Forststruktur ab. Die Flurneuordnungen laufen und binden Ressourcen, insbesondere im Rahmen des A8-Ausbaus. Aber nach der Entscheidung in Illingen dürfte hier jetzt auch eine kleine Entlastung eintreten. Etwas, was man leider bei der Bürokratie der Vor-Ort-Kontrollen im Landwirtschaftsamt nicht sagen kann, hier verhallten die Briefe des Landrats auf den weiten Fluren des Landwirtschaftsministeriums von CDU-Mann Peter Hauk.

Das seit vielen Jahren im Dezernat 4 praktizierte Vorgehen „ambulant vor stationär“ ist der richtige Weg, um die ausufernden Kosten des Sozialhaushalts wenigstens einigermaßen im erträglichen Ausmaß zu halten, wobei über 100 Mio. € an Transferleistungen im Ergebnishaushalt eine Warnung sein sollten. Und das „Durchschnaufen“ nach der Flüchtlingskrise auf Ebene des Kreises ist wichtig. Die 840 Flüchtlinge in der VU des Enzkreises sind trotz 220 Fehlbelegern handelbar, insbesondere da im 1. Halbjahr 2017 so gut wie keine neue Flüchtlinge gekommen sind und wir im 2. Halbjahr 2017 etwa 40 Flüchtlinge pro Monat zugewiesen bekommen haben.

Was mich hierbei aber mit Sorge erfüllt, ist die Tatsache, dass es sich dabei etwa zur Hälfte um alleinreisende Männer aus Afrika handelt. Denn wir kennen alle die Anerkennungsquoten aus Ländern wie beispielsweise Gambia, die sich zurecht eher im homöopathischen Bereich befinden. Oder aus den Maghreb-Staaten. Hier rächt sich jetzt auch für den Enzkreis die mehrfache

Verweigerungshaltung der Grünen im Bundesrat, einer Ausweitung der sicheren Herkunftsländer zuzustimmen. Und die Reaktionen dieser Flüchtlinge sind ja gerade hier im Hause nur allzu gut bekannt, wenn nach „zufälligen“ Verlusten der Papiere eine Abschiebung nahezu unendlich schwierig wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir wollen, dass die Integration von Flüchtlingen klappt und auch in der Bevölkerung nicht auf Ablehnung stößt,.....
TBC

Aber auch wenn der Kreis gerade etwas durchatmet, heißt das nicht, dass das Thema im Enzkreis nicht virulent wäre. Denn jetzt ist nach dem Übergang von VU in AU die große Aufgabe für die Gemeinden des Enzkreises, diese Integration zu stemmen. Aus diesem Grund müssen wir auch dafür sorgen, dass die Gelder bei den Gemeinden bleiben. Aber dazu komme ich gleich nochmal.

Die UMA's – die unbegleiteten minderjährigen Ausländer - werden uns im Jugendamt auch in Zukunft weiter beschäftigen und viel Geld kosten, was übrigens genauso für die Auswirkungen der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes gilt.

Und in unserem – gefühlten – 5. Dezernat läuft es dagegen sehr ordentlich, die Enzkreis-Kliniken in Mühlacker und Neuenbürg stehen so gut da, wie schon lange nicht mehr. Aber trotzdem schlagen die Enzkreis-Kliniken 2018 immer noch mit einem jährlichen Defizit von 4,9 Mio. € zu Buche, auch wenn dies der niedrigste Ansatz seit vielen Jahren ist. Dies könnte sogar noch weniger sein, wenn die Grünen insbesondere Sozialminister Lucha die Gelder für Krankenhausinvestitionen nicht sukzessive verringern würden. Aber was will man von einem Sozialminister erwarten, der im ländlich geprägten Baden-Württemberg von Tante-Emma-Krankenhäusern spricht und Schließungen für unumgänglich hält.

Wir sehen also: inhaltlich eigentlich nichts explosives. Und deshalb stellt sich die Frage, wie es um das Verfahren steht.

Bisherige Verfahren

Denn in den letzten Jahren hat ja immer alles reibungslos geklappt: In der Vorweihnachtszeit waren Alle milde gestimmt, auf einer Basis von gegenseitigem Vertrauen brachte der Landrat einen Haushalt ein, an dem dann die Kreisräte noch einige Korrekturen ohne große strukturelle Änderungen vornahmen. Größere Auseinandersetzungen wurden weitestgehend

vermieden, in dem der Kreis immer mehr Leistungen erbrachte. Dadurch stieg die Kreisumlage teilweise massiv an. Von 1973 bis heute war es eine Steigerung um über 800%! Vor 10 Jahren lag die Kreisumlage noch bei 42,6 Mio. €. 2011 dann bei 48,5 Mio. €.

Ich habe schon einmal in meiner Haushaltsrede 2013 darauf hingewiesen, dass Kollege Kurz, Kollege Bächle, & Kollege Scheuermann noch wissen, wie es sich anfühlt, eine Kreisumlage in Höhe von 10,7 Mio. € (1981) zu beschließen!

Dieses Ritual war also nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern bekannt, sondern natürlich auch der Kreisverwaltung. Und so wurden in der Vergangenheit auch mehr oder minder widerspruchslos immer wieder neue Stellen genehmigt. Kollege Genthner hat es ja vorhin schon erwähnt: Seit 2015 immerhin 130 neue Stellen.

Aktuelle Begleitumstände

Nun ist aber alles anders! Jetzt beraten wir einen Haushalt, über den nicht „unter ferner liefen“ in den Medien berichtet wird, sondern ein Haushalt, auf den man beim Bäcker angesprochen wird. Der nicht nur Thema an den Stammtischen, sondern auch bei vielen Tischgesprächen zu Hause ist. Aber warum? Er ist nicht in Jedermanns Munde, weil wir weitreichende strategische Entscheidungen treffen.

Er ist deshalb in aller Munde, da es dieses Jahr – ich nenne es einmal: besondere Begleitumstände gab.

Und ich habe mir schwer überlegt, ob ich auf diese Begleitumstände des Haushalts in dieser Haushaltrede überhaupt eingehen soll. Dagegen spricht, dass es bei einem Haushalt mit einem Volumen von etwa ¼ Mrd. € definitiv nicht seiner Gesamtbedeutung entspricht, wenn sich die ganze Diskussion an gerade mal 0,13 Promille des Gesamtbudgets entzündet. Auf der anderen Seite dürfen wir diese Begleitumstände aber auch nicht ignorieren. Denn das würde uns zurecht dem Vorwurf des „unter-den-Teppich-kehrens“ einhandeln.

Also bleibt uns im Sinne unseres demokratischen Auftrags gar nichts anderes übrig, als das Thema anzusprechen. Und das will ich hier auch tun. Aber nicht, um ins letzte Detail zum Thema AUDI eTron einzusteigen. Denn die Fronten sind hier verhärtet und zugespitzt: Maßlos überzogene Verwaltungsforderung vs. Missverständnis. Für beide Varianten liegen genügend Anhaltspunkte vor, dass man sich sowohl für die eine wie auch für die andere Version entscheiden kann.

Wir können festhalten: Die Nachfragen aus dem Kreistag waren berechtigt! Sie haben die Verwaltung unvorbereitet getroffen! Und es wäre sicher besser gewesen, wenn der Landrat nicht in Abwesenheit des zuständigen Mitarbeiters versucht hätte, aus der Hüfte Auskunft zu geben! Denn dadurch ist alles nur noch schlimmer geworden! Und vielleicht wird dadurch eine erklärende Darstellung auch gar nicht mehr wahrgenommen. Wichtig ist mir, dass der Landrat erklärt hat, weder den A8 noch den Q7 zu übernehmen, denn somit das Ganze kein Geschmäcke mehr.

Meines Erachtens stand das Ganze aber wahrscheinlich bei Einigen stellvertretend für eine schon seit längerer Zeit – ob nun berechtigt oder nicht - angestaute Unzufriedenheit mit der Verwaltung des Landratsamts oder auch mit dem Landrat. Sicherlich nicht im Gesamten, aber durch individuelle einzelnen Begebenheiten. Sicherlich verstärkt durch – in einer so langen Führungsfunktion nicht unüblichen – ich nenne es mal schmunzelnd „souveränen bis barocken“ Amtsführung.....

Und das Ganze explodierte halt dann bei Thema AUDI eTron.

Wie es weiter geht

Für die Zukunft stellt sich für uns als FDP-Fraktion aber jetzt die Frage, wie wir mit diesem Gewitter umgehen und welche Lehren wir daraus ziehen? Werden wir jetzt immer im Zorn zurückschauen, oder können wir dem reinigenden Gewitter auch etwas Positives abgewinnen?

Und deshalb sage ich aus vollster Überzeugung: Dieses reinigende Gewitter ist zum absolut richtigen Zeitpunkt gekommen. Denn ich will mir nicht ausmalen, wenn Friede-Freude-Eierkuchen noch ein Jahr länger gehalten hätte. Und dann der neue Landrat mit so etwas gestartet wäre.

Denn etwas ist schon zu Bruch gegangen

Und das zeigt sich auch an der sich aus der AUDI eTron Geschichte sich entwickelnden Gegenreaktion der Fraktionsvorsitzenden. Eine Reaktion die notwendig wurde, weil Landrat Röckinger mit seiner vorgeschlagenen „Senkung“ der Kreisumlage um 0,05 %-Punkte auf 29 % jedoch faktisch absolut mit einer geplanten Kreisumlage von 74,97 Mio. € eine Steigerung der Kreisumlage um über 5 Mio. € darstellen würde. 5 Mio. €, die den Kommunen im Enzkreis fehlen und dort dringend benötigt werden. Für was, habe ich ja vorhin schon dargestellt.

Und man muss gestehen, dass die Kreisumlage für den Kreis halt schon essentiell ist, insbesondere in Zeiten einer grün-schwarzen Landesregierung, die die Kommunen und Kreise im Regen stehen lässt, obwohl das Land im Geld nur so schwimmt. Da werden den Kommunen 836 Millionen € weggenommen, aber die grüne Finanzministerin rühmt sich dafür, dass sie den Kommunen 136 Millionen € wiedergeben hat.

Dann fragen wir mal die Kommunen selbst, wie sie das betrachten. Ich zitiere aus der „Badischen Zeitung“ vom 10. November 2017: „Kommunale Interessen bleiben im Haushaltsentwurf nun nahezu unberücksichtigt. Das wird den Herausforderungen, vor denen Städte, Gemeinden und Landkreise stehen, nicht gerecht ... „

Das sagt nicht die FDP, sondern so heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Präsidenten von Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag, Roger Kehle, Dieter Salomon und Joachim Walter. Diese drei sind nicht parteilos. Jeder dieser drei gehört einer Partei an, und zwar den beiden Regierungsparteien. Und die schreiben denen das ins Stammbuch. Von daher ist mir schon bewusst, dass der Kreis als umlagefinanzierte Behörde von zwei Seiten in die Zange genommen wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Zukunft einen Landrat haben werden, der auch die „kommunale Brille“ auf hat und das Landratsamt als Dienstleister für die Gemeinden sieht.

Aber leider kamen in den folgenden Ausschussberatungen von Seiten der Verwaltungen keine ausreichenden Vorschläge, die Kreisumlage bei 70 Mio. € zu fixieren. Und das, obwohl die Signale aus der großen Kreisstadt Mühlacker von OB Frank Schneider und seinem Gemeinderat deutlich genug waren. Deshalb hatten wir gar keine andere Wahl, als uns zusammzusetzen. Und so kam es – neben anderen Einsparungen – zu der Begrenzung des geplanten zusätzlichen Stellenaufbaus um 23 Stellen – diese auf 13 zusätzliche Stellen zu begrenzen.

Und auch diese Maßnahme hat zu einem Gewitter geführt. Zum einen, was die Personalpolitik angeht, Stichwort Poolstellenumwandlung.

Und zum anderen wieder die Kritik an einzelnen Stellen oder Personen.

Für die FDP-Fraktion möchte ich hier festhalten: Wir schätzen die Arbeit, die Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden des Landratsamtes tagtäglich leisten, sehr! Denn wir wissen: Ihre gute und verantwortungsvolle Arbeit ist die Grundlage dafür, dass uns die Kosten nicht davonlaufen, beispielsweise habe ich ja den Sozialbereich angesprochen. Und wir sind uns

auch darüber im Klaren, dass sehr viele von Ihnen deutlich mehr Einsatz leisten, als eigentlich gefordert ist. Dafür unser herzlicher, aufrichtiger Dank!

Und es ist uns auch bewusst, dass einige von Ihnen ganz dringend strukturelle Entlastung benötigen, weil die Aufgaben fast nicht mehr zu bewältigen sind.

Zur Wahrheit gehört aber auch dazu, dass sicherlich nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt unter ihrer Arbeitsbelastung zusammenbrechen. Und vielleicht haben Sie ja auch die ein oder andere konkrete Vorstellung, wenn ich sage, dass es unsere Wahrnehmung nach bei ein paar Stellen so ist, dass man sich statt mit Kernaufgaben lieber mit zusätzlichen Dingen im Spektrum von „nice-to-have's“ bis „unnötig“ selbst beschäftigt.

Hier muss – auch aus Gerechtigkeitsgründen - eine Priorisierung über das Personalamt erfolgen. Deshalb haben wir ja auch in der VWA-Sitzung letzte Woche der Verwaltung freie Hand gegeben, an welcher Stelle sie den zusätzlichen Stellenaufwuchs begrenzen will.

Und um es klar zu sagen, denn Herr Egger hat es mit seiner Pressemitteilung bezüglich Stellenstreichungen zumindest billigend in Kauf genommen, wenn nicht gar absichtlich provoziert: kein Mitarbeiter wird entlassen, weil keine vorhandene Stelle wegfällt! Es geht nur um die Begrenzung zusätzlicher Wünsche!

Allerdings war es schon im wahrsten Sinne des Wortes ‚bemerkenswert‘, wie manche Mitarbeiter darauf reagiert haben, dass ihre Wünsche nicht – wie sonst halt in der Vergangenheit üblich – in Erfüllung gingen. Und vielleicht sollten diese Damen und Herren mal überlegen wie ihr „Gegosche“ wirkt, wenn in solch einem Fall trotziger Unmut gegenüber den Kreisräten aufgebaut wird.

Denn vielleicht macht es tatsächlich auch Sinn, nicht durch die Etablierung von Stellen Pflöcke in Bereichen einzuschlagen, in denen auf Grund der rechtlichen Rahmenbedingungen noch gar nicht klar ist, inwieweit es weitergeht, z.B. beim Forst.

Und wenn wir schon bei der strategischen Ausrichtung der Personalpolitik sind: Sowohl ich, als auch Karlheinz Oehler als mein Vorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden, haben in nahezu allen Haushaltsreden der letzten 15 Jahre darauf hingewiesen, doch bitte mehr junge Menschen auszubilden. Auch – wenn oder gerade weil – man nicht alle davon übernehmen kann. Denn nur so haben wir auch wirklich eine Auswahl, denn nur so werden gruppendynamische Prozesse nicht schon in der Ausbildung implementiert und nur so sorgen wir dafür, dass man im Landratsamt auch wieder mehr

Durchmischung bzgl. der Ausbildungsorte realisiert. Ich glaube, das ist dringend notwendig, wenn man nicht weiter nur im eigenen Saft schmoren will! Und damit meine ich definitiv nicht die Leitungsebene!

Aber egal welche Arbeitsebene: Auch wenn das Landratsamt Enzkreis in Pforzheim lokalisiert ist, heißt das nicht, dass das Landratsamt ein permanentes Gold-plating bei der Umsetzung von Rechtsrahmen durchführen muss. Und wahrscheinlich hat dieser Eindruck bei einigen Kreisräten bzgl. einzelnen Mitarbeitern auch für einen gewissen Unmut gesorgt. Wenn die Gemeinden unter den Vorschriften aus dem Landratsamt ächzen, ist das kein guter Zustand!

Nehmen wir als Beispiel den Umweltschutz, oder den Brandschutz, oder ...
oder

Themen, die uns lieb und teuer sind, aber zwischenzeitlich ein Ausmaß erreicht haben, dass nicht mehr in Relation steht.

Ich habe begonnen mit dem Spruch: „Das ist so, wie wenn in China ein Sack Reis platzt“. *Die Redewendung „In China ist ein Sack Reis geplatzt“ ist eine umgangssprachliche Metapher für ein unwichtiges Ereignis. Mit dieser abfällig-scherzhaft verwendeten Floskel drückt der Sprecher sein Desinteresse aus oder signalisiert die von ihm empfundene Bedeutungslosigkeit eines Themas. So Wikipedia von gestern Abend.*

Aber ich glaube, das stimmt nicht mehr. Denn vielleicht war es früher egal, wenn in China ein Sack Reis geplatzt ist. Aber wir leben heute in Zeiten der Globalisierung.

Und deshalb ist es heute nicht mehr egal, wenn in China ein Sack Reis platzt. Heute fragen wir uns: Was können wir tun, dass das bei uns nicht passiert? Deshalb bauen wir auch hier im Enzkreis zusätzliche Bürokratie auf, die sich dann auch mit sich selbst beschäftigt.

Wenn man aber sieht was das kostet, mag ich nicht daran denken was passiert, wenn einmal die Wirtschaft nicht mehr so floriert.

Gemeinsamer Zusammenhalt der Fraktionsvorsitzenden TBC

Die FDP-Fraktion im Kreistag des Enzkreises wird dem Haushalt 2018 zustimmen, da durch den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen die Kreisumlage bei 27,15 Prozentpunkten mit 70 Mio. € fixiert und der geplante übermäßige Stellenaufbau auf ein ordentliches Maß zurückgeführt wurde. Denn somit bleibt den Gemeinden des Enzkreises mehr Geld für die Erledigung ihrer Aufgaben.